



Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Beate Müller-Gemmeke · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

**An die Beschäftigten der Reutlinger
Stadtverkehrsgesellschaft mbH (RSV GmbH)
An die Beschäftigten der TüBus GmbH**

Berlin

Beate Müller-Gemmeke
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73041
Fax: (030) 227 - 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis

Beate Müller-Gemmeke
Wilhelmstr. 89
72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411
Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

Berlin, 23.01.2012

Solidarität mit den Beschäftigten im privaten Omnibusgewerbe in der Region Reutlingen-Tübingen

Liebe Beschäftigte von RSV und TüBus,
liebe Kolleginnen und Kollegen von ver.di,

als ver.di-Mitglied und als Sprecherin für Arbeitnehmerrechte in der grünen Bundestagsfraktion möchte ich euch meine volle Solidarität und herzliche Grüße übermitteln. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass ich euren Kampf für würdige und gerechte Arbeitsbedingungen unterstütze.

Die Vielgestaltigkeit der Verkehrsbetriebe in Baden-Württemberg darf nicht zu Ungerechtigkeiten unter den Beschäftigten führen. Wenn Busfahrerinnen und Busfahrer hier in Reutlingen und Tübingen im Krankheitsfall deutlich weniger Gehalt bekommen als ihre Kolleginnen und Kollegen in Esslingen, dann kritisiert ihr das zu Recht. Und wenn ihr fordert, dass gesetzlich vorgeschriebene Schulungen für Busfahrer als Arbeitszeit und nicht als Freizeit gelten, dann habt ihr damit ebenfalls recht.

Die Politik tut gut daran, sich in Tarifaueinandersetzungen nicht direkt einzumischen. Dazu stehe ich, denn die Tarifautonomie ist ein hohes Gut. Deswegen – das wisst ihr – kann ich mich heute nur mit Worten an eure Seite stellen. Es kann mich aber als Grüne Politikerin und als Sprecherin für Arbeitnehmerrechte nicht kalt lassen, wenn für die gleiche Arbeit nicht der gleiche Lohn gezahlt wird hier in Baden-Württemberg. Und wenn, wie hier in Reutlingen und Tübingen, der Verkehrsbetrieb ausschließlich Städte und Gemeinden (oder deren Töchter) als Eigentümer hat, dann ist eine politische Stimme erst recht gefragt.

Mir ist es ein Anliegen, dass es gerecht zugeht. Dazu gehören anständige Löhne und es darf nicht zu Kürzungen für Neueinsteiger und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kommen. Aus diesem Grund unterstütze ich eure Forderungen voll und ganz.

Ich wünsche euch viel Erfolg und einen langen Atem.

Mit solidarischen Grüßen,

Beate Müller-Gemmeke